

# MIGRATION UND BEVÖLKERUNG

NEWSLETTER

Ausgabe 6  
Juli/August 2013

## UNHCR: 45 Millionen Menschen auf der Flucht

**2012 ist die Zahl der Flüchtlinge weltweit auf über 45 Mio. gestiegen. Das ist der höchste Wert seit 1994. Dies geht aus dem Mitte Juni in Genf veröffentlichten Jahresbericht des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) zur weltweiten Flüchtlingssituation hervor. Grund für die Entwicklung sind vornehmlich bewaffnete Konflikte wie der Bürgerkrieg in Syrien.**

Bei den 45,2 Mio. Flüchtlingen handelt es sich sowohl um Binnenvertriebene (28,8 Mio.) als auch um Flüchtlinge, die sich in ein anderes Land retten mussten (15,4 Mio.). Hinzu kommen Personen, die in einem Aufnahmeland bereits einen Asylantrag gestellt haben (1 Mio.). Die Zahlen stützen sich auf Daten der Regierungen, NGOs und des UNHCR.

Allein 2012 seien 7,6 Mio. Menschen aus ihren Heimatorten geflohen, darunter 6,5 Mio. innerhalb und 1,1 Mio. außerhalb ihres Landes. Pro Tag verließen damit im Schnitt 23.000 Menschen ihr Zuhause. Im Jahr 2003 waren es täglich 11.000 Menschen gewesen.

**Herkunftsländer:** Die zehn Länder mit dem höchsten Flüchtlingsaufkommen waren Ende 2012: Afghanistan (2,6 Mio. Flüchtlinge), Somalia (1,1 Mio.), Irak (746.000), Syrien (728.000), Sudan (569.000),

Demokratische Republik Kongo (509.000), Myanmar (415.000), Kolumbien (394.000), Vietnam (336.000) und Eritrea (285.000). Mit 81 % hält sich die Mehrheit der Flüchtlinge in Entwicklungsländern auf. 46 % der Flüchtlinge sind unter 18 Jahre alt. Die Hauptfluchtursache sind kriegerische Auseinandersetzungen. Das zeigt sich auch daran, dass über die Hälfte der Flüchtlinge aus den fünf von Konflikten geprägten Staaten Afghanistan, Somalia, dem Irak, Syrien und dem Sudan stammt.

**Aufnahmeländer:** Die zehn wichtigsten Aufnahmeländer sind: Pakistan (1,6 Mio. aufgenommene Flüchtlinge), Iran (868.000), Deutschland (590.000), Kenia (564.000), Syrien (476.000), Äthiopien (376.000), Tschad (373.000), Jordanien (302.000), China (301.000) und die Türkei (267.000). Die Zahlen beziehen sich auf die Gesamtzahl der im Land lebenden Flüchtlinge. Setzt man die Anzahl der Flüchtlinge in Bezug zur Einwohnerzahl eines Landes, ergibt sich ein anderes Bild. Dann steht Jordanien mit 49 Flüchtlingen pro 1000 Einwohnern an erster Stelle, gefolgt von Tschad (33), Libanon (32), Demokratische Republik Kongo (24), Syrien (23), Mauretanien (23), Dschibuti (22), Malta (20), dem Südsudan (20) und Montenegro (18).

**Syrienkonflikt:** Dem Konflikt in Syrien, der UN-Angaben zufolge bislang schon über 100.000 Todesopfer forderte, kommt hinsichtlich des weltweiten Flüchtlingsaufkommens derzeit eine Schlüsselrolle zu. Täglich verlassen rund 6.000 Menschen syrisches Territorium. Eine Flüchtlingsbewegung mit vergleichbarem Ausmaß gab es zuletzt beim Völkermord in Ruanda vor 20 Jahren. Die syrischen Binnenvertriebenen sind in dieser Zahl nicht inbegriffen, verlässliche Schätzungen für sie gibt es seitens der Vereinten Nationen nicht (vgl. Ausgaben 7/12, 3/12). Die Zahl der registrierten Flüchtlinge in den umliegenden Staaten nähert sich aktuell der Zwei-Millionen-Marke.

In der jordanischen Wüste, rund 50 km von der Hauptstadt Amman entfernt, wird derzeit mit finanzieller Unterstützung der internationalen Gemeinschaft ein neues Lager für 120.000 Flüchtlinge aus Syrien gebaut. Jordanien beherbergt Regierungsangaben zufolge aktuell schon weit mehr als eine halbe Mio.

### Inhalt

<b>Weltweites Flüchtlingsaufkommen: Zahl der Vertriebenen steigt auf 45 Millionen</b>	<b>1</b>
<b>Deutschland: Zur Lage von Asylsuchenden</b>	<b>2</b>
<b>Kurzmeldungen – Deutschland I</b>	<b>2</b>
<b>Kurzmeldungen – Deutschland II</b>	<b>3</b>
<b>Deutschland: Zuwanderung in den Wahlprogrammen 2013</b>	<b>3</b>
<b>Interview: „Roma-Familien sind keine signifikante Problemgruppe mehr.“</b>	<b>5</b>
<b>Kurzmeldungen – Europa I</b>	<b>5</b>
<b>Kurzmeldungen – Europa II/Welt I</b>	<b>6</b>
<b>Internationaler Migrationsausblick 2013:</b>	
<b>Einfluss von Zuwanderung auf Staatshaushalte</b>	<b>7</b>
<b>Kurzmeldungen – Welt II</b>	<b>8</b>
<b>Kroatien: Das neue EU-Mitglied und die Migrationsfrage</b>	<b>9</b>
<b>Literatur</b>	<b>10</b>

Dieses Projekt  
wird gefördert  
durch die



geflohenen Syrern und ist damit das wichtigste Aufnahmeland für diese Flüchtlinge. Deutschland hat seine Unterstützung für syrische Flüchtlinge Anfang August um 20 Mio. Euro auf nun 190 Mio. Euro aufgestockt. Flüchtlingsorganisationen fordern indes, dass Deutschland ein großes Kontingent syrischer Flüchtlinge aufnehmen solle (vgl. Ausgabe 3/13). „Die geplante Aufnahme von 5.000 Flüchtlingen aus Syrien ist ein wichtiges Zeichen“, sagte der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning (FDP). Er mahnte jedoch mit Blick auf den UNHCR-Report: „Wenn aber 80 Prozent der Flüchtlinge von Entwicklungsländern aufgenommen werden, liegt ein Missverhältnis vor.“ Damit appellierte er an die Industrieländer, ihrer Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht zu werden.

*Christoph Wöhrle*

**Weitere Informationen:**

<http://unhcr.org>, [www.unhcr.org](http://www.unhcr.org),  
[www.bmz.de](http://www.bmz.de), [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de),  
[www.caritas-international.de](http://www.caritas-international.de)

## Deutschland: Zur Lage von Asylsuchenden

**Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist im ersten Halbjahr 2013 die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland deutlich gestiegen. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sowie Flüchtlingsorganisationen streiten über Ursachen und Motive der Wanderung. Asylsuchende versuchten derweil mit selbstorganisierten Flüchtlingscamps in München und Hamburg auf ihre Lebenssituation aufmerksam zu machen.**

**Hintergrund:** Im ersten Halbjahr 2013 stellten 43.016 Menschen in Deutschland einen Asylerstantrag. Das waren fast doppelt so viele (+ 86,5 %) wie im Vorjahreszeitraum. Dies geht aus Mitte Juli veröffentlichten Statistiken des Bundesinnenministeriums hervor. Damit liegt die Zahl der Asylsuchenden aktuell etwa auf dem Niveau der Jahre 1997 bis 2002, als im Durchschnitt jährlich circa 90.000 Menschen in Deutschland Schutz suchten. Hauptherkunftsländer im ersten Halbjahr 2013 waren Russland (9.957 Asylsuchende), Syrien (4.517), Afghanistan (3.448), Serbien (2.682) und Iran (2.293).

**Reaktionen:** Bundesinnenminister Friedrich kommentierte die Zahlen Mitte Juli wie folgt: „Erstens müssen alle, die tatsächlich schutzbedürftig sind, Schutz bekommen. Zweitens muss der Aufenthalt derer, die nur aus missbräuchlichen oder asyloffremden Gründen zu uns kommen, schnell beendet werden. Und drittens muss bei Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaates zügig an diesen Mitgliedstaat überstellt werden.“ Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl kritisierte die Aussage des Ministers darauf-

### Kurzmeldungen – Deutschland I

#### Ein Jahr „Blaue Karte EU“

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums (BMI) sind seit der Einführung der „Blauen Karte EU“ zum 1. August 2012 rund 10.000 dieser Arbeits- und Aufenthaltstitel für ausländische Akademiker und Fachkräfte ausgestellt worden. Von den 8.879 bis zum 30. Juni vergebenen Blue Cards gingen rund 70 % an Drittstaatsangehörige, die sich bereits mit einem anderen Aufenthaltstitel in Deutschland aufhielten. Darunter waren viele ausländische Absolventen deutscher Hochschulen, so das BMI in einer Ende Juli veröffentlichten Pressemitteilung. Die mit der Blue Card eingeführte Herabsetzung der Mindestgehaltsgrenze (Jahresbrutto) auf 46.400 Euro bzw. 36.200 Euro in Mangelberufen sowie Erleichterungen für Berufsanfänger (vgl. Ausgabe 4/12) hätten demnach zu einem Anstieg der Zuwanderung von Fachkräften geführt. Weitere 28,6 % (2.536 Blue Cards) wurden an Neuzuwanderer ausgegeben. Staatsbürger Indiens (1.971), Chinas (775) und der Russischen Föderation (597) waren unter den Blue-Card-Inhabern am stärksten vertreten. *sta* [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

#### Bundesregierung reagiert auf UN-Rassismus-Rüge

„Die Bundesregierung prüft aktuell die deutsche Gesetzgebung zur Strafbarkeit rassistischer Äußerungen im Lichte der Äußerungen des Ausschusses.“ So zitierte der „Tagesspiegel“ am 11. Juli das Antwortschreiben der Bundesregierung auf die Rüge des UN-Antirassismus-Ausschusses (CERD). Der CERD hatte im April auf Grundlage einer Beschwerde des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg (TBB) Deutschland für die fehlende Beseitigung rassistischer Diskriminierung gerügt (vgl. Ausgabe 5/13). Auslöser war ein 2010 eingestelltes Strafverfahren gegen Thilo Sarrazin wegen Volksverhetzung (§130 StGB) und Beleidigung (§185 StGB). Das Bundesjustizministerium wies in Folge der CERD-Rüge die Berliner Staatsanwaltschaft an zu prüfen, ob das Strafverfahren gegen Sarrazin wieder aufgenommen werden könne, was ein Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft mittlerweile verneinte. In einer Presseerklärung kritisierte der TBB diese Entscheidung scharf und forderte, „das Thema Rassismus in der Aus- und Fortbildung von Staatsanwälten, Richtern und Anwälten verstärkt zu berücksichtigen“. *tg* [www.tbb-berlin.de](http://www.tbb-berlin.de), [www2.ohchr.org](http://www2.ohchr.org)

hin scharf und betonte, dass nicht den einzelnen Schutzsuchenden vorgeworfen werden könne, nach Deutschland einzureisen, sondern die problematischen Lebensumstände in den Herkunftsländern verantwortlich für ihre Flucht seien. Die Aussagen Friedrichs bezeichnete die Flüchtlingsorganisation zudem als „irreführend und gefährlich“, da in der Bevölkerung existierende Vorurteile gegen Asylsuchende bestärkt würden: „Wie gefährlich dies ist, zeigen Proteste gegen Asylbewerberunterkünfte in Berlin-Hellersdorf und an anderen Orten, bei denen

auch aus der Mitte der Gesellschaft heraus mit rassistischen Stereotypen und Vorurteilen gegenüber Asylsuchenden argumentiert wird“ (vgl. Ausgaben 2/13, 8/12).

**Streit um Asylbewerberunterkünfte:** In den vergangenen Wochen kam es an unterschiedlichen Orten in Deutschland, u. a. in Berlin-Hellersdorf, zu Demonstrationen gegen geplante oder bestehende Asylbewerberunterkünfte. Diese wurden maßgeblich von der rechtsextremen NPD initiiert. Die Partei schürt aktiv Ressentiments in der lokalen Bevölkerung, indem sie die Asylsuchenden kriminalisiert. Als Reaktion auf die Demonstrationen kam es in den betroffenen Orten zu Solidaritätsbekundungen mit den Flüchtlingen.

**Neue Flüchtlings-Protestcamps:** Inspiriert von selbstverwalteten Protestcamps von Flüchtlingen in Berlin und anderen Städten (vgl. Ausgaben 10/12, 8/12) errichteten Asylbewerber im Juni und Juli auch in München und Hamburg Zeltcamps, um auf ihre oft als unwürdig empfundene Unterbringung, fehlende gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten, eingeschränkte Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht) sowie ihren unsicheren Aufenthaltsstatus aufmerksam zu machen. Für die 300 Protestierenden in Hamburg, die zuvor in Italien Asyl beantragt hatten, gibt es bisher keine politische Lösung. Das Camp in München wurde Anfang Juli von der Polizei aufgelöst, nachdem 50 Teilnehmer des Camps mit einem Hungerstreik ein unbefristetes Aufenthaltsrecht erwirken wollten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lehnte diese Forderung ab. Nach der Räumung des

Camps gab ein Sprecher der bayerischen Regierungskoalition aus CSU und FDP bekannt, dass die Lebensbedingungen von Asylsuchenden in Bayern zukünftig verbessert werden sollen. Demnach soll eine dezentrale Unterbringung der Asylbewerber gefördert und mehr Geld für die Betreuung bereitgestellt werden. Die Residenzpflicht soll zwar beibehalten, jedoch unbürokratischer gestaltet werden. Ebenso seien die Asylverfahren beim BAMF schneller abzuwickeln. Damit würden zumindest einige Forderungen der Asylsuchenden und Flüchtlingsorganisationen umgesetzt werden. *Janne Grote*

**Weitere Informationen:** [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de),  
[www.proasyl.de](http://www.proasyl.de), [www.bamf.de](http://www.bamf.de),  
[www.lampedusa-in-hamburg.tk](http://www.lampedusa-in-hamburg.tk),  
<http://www.refugeetaction.net>

## Deutschland: Zuwanderung in den Wahlprogrammen 2013

**Am 22. September ist Bundestagswahl. Migration und Bevölkerung hat die Wahlprogramme der wichtigsten deutschen Parteien im Hinblick auf ihre migrations- und integrationspolitischen Inhalte gelesen und die wichtigsten Aspekte zusammengefasst.**

**CDU/CSU:** Die christdemokratischen Regierungsparteien bekennen sich in ihrem Wahlprogramm zu einer „an den Bedürfnissen und Interessen unseres Landes“ ausgerichteten Zuwanderungspolitik. Sie setzen sich für eine Willkommenskultur und für die Anwerbung gut qualifizierter Migranten ein und möchten die wirtschaftliche und soziale Integration von hier lebenden Zuwanderern fördern. Dabei gilt dem Erlernen der deutschen Sprache besondere Aufmerksamkeit. Gleichzeitig fordern sie von den Zuwanderern, sich aktiv um die Integration in Deutschland zu bemühen. Bei einer Verweigerung drohen ihnen Konsequenzen für Aufenthalts- und Leistungsansprüche. Die CDU/CSU betont explizit, dass sie islamisch-religiöse Sondergerichte und Traditionen, welche die geltende Rechtsordnung missachten, ablehnt. Gleiches gilt für die doppelte Staatsbürgerschaft und die Einführung des Kommunalwahlrechts für Drittstaatsangehörige. Bei der Asylpolitik plädieren CDU/CSU für zügige Verfahren und die Aufnahme von Drittstaatlern, wenn diese weder im Erstaufnahmeland eingegliedert werden noch ins Herkunftsland zurückkehren können.

**SPD:** Die SPD wirbt in ihrem Wahlprogramm für die gleichberechtigte Teilhabe von Migranten und eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik. Statt gesonderter Integrationspolitiken setzt sie auf ein interkulturelles Mainstreaming von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kunst und Kultur, in dem die

### Kurzmeldungen – Deutschland II

#### Vertragsverletzungsverfahren wegen Sprachtests

Obligatorische Sprachtests für nachziehende Ehepartner verstoßen nach Ansicht der Europäischen Kommission gegen EU-Recht. Daher leitete die Kommission Mitte Juli ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein. Der im August 2007 eingeführten Regelung (vgl. Ausgabe 10/08) zufolge erhalten nachziehende Ehegatten aus zahlreichen Drittstaaten nur dann eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie sich „zumindest auf einfache Art und Weise in deutscher Sprache verständigen“ können. Die Regelung gilt nicht, wenn einer der Ehepartner deutscher Staatsbürger ist. Die Verweigerung des Nachzugsrechts aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse verletze die EU-Richtlinie zur Familienzusammenführung, so die EU-Kommission in einer Stellungnahme. Bereits vor zwei Jahren kritisierte die Kommission eine ähnliche Regelung der Niederlande (vgl. Ausgabe 7/11). Die Bundesregierung kündigte an, dass sie die Sprachtests aufrechterhalten wolle, so dass voraussichtlich der Europäische Gerichtshof eine endgültige Entscheidung treffen muss. 2012 fielen etwa ein Drittel (34 %) der nachzugswilligen Ehepartner beim Sprachtest durch. *sta* [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

vorliegende gesellschaftliche Vielfalt in kultureller, weltanschaulicher und religiöser Hinsicht selbstverständlich mit einbezogen wird. Aus dem Einwanderungsland Deutschland müsse ein Einbürgerungsland werden, um den Zuwanderern faire Teilhabechancen zu ermöglichen. Neben der Abschaffung der Optionspflicht (vgl. Ausgaben 1/13, 3/12, 10/09) soll auch der unbeschränkte Arbeitsmarktzugang für ausländische Studierende mit einem deutschen Hochschulabschluss die Eingliederung von jungen Menschen ausländischer Herkunft erleichtern. Die Flüchtlingspolitik will die SPD weitgehend reformieren, so dass sie sich stärker an den Menschenrechten orientiert. Insbesondere will sie von Gewalt bedrohten Frauen und Kindern – gemäß der UN-Kinderrechtskonvention – stärker als bisher Schutz bieten.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Die Grünen fordern weitgehende Bürgerrechte für Menschen mit Migrationsgeschichte und die Ergänzung der Integrationspolitik durch eine Politik der Inklusion. Sie plädieren für eine „Einbürgerungsoffensive“, die auch Mehrstaatigkeit zulässt. Den Sprachtest als Voraussetzung für den Nachzug im Ausland lebender Ehepartner (vgl. S. 3) wollen sie abschaffen. Gleichzeitig setzen sie sich für die Umsetzung des Assoziationsabkommens zwischen der Türkei und der EU ein, welches vorsieht, dass türkische Staatsangehörige zum Beispiel im Bereich von Aufenthalt und Arbeitsaufnahme den Unionsbürgern weitestgehend gleichgestellt werden sollen. Zudem spricht sich die Partei für die interkulturelle Öffnung von staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen aus. Um den institutionellen Rassismus in Justiz und Polizei zu bekämpfen, planen die Grünen verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des Beschäftigtenanteils mit Migrationshintergrund. Außerdem machen sie sich für eine humanitäre Flüchtlingspolitik auf deutscher und europäischer Ebene stark.

**FDP:** Die FDP will sich für eine vielfältige und offene Gesellschaft engagieren, in der jeder, der sich einbringen möchte, willkommen ist. Hierfür möchte sie „Hindernisse abbauen und Türen öffnen“, also die Teilhabechancen der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund erhöhen und die Zuwanderung erleichtern. Ausdrücklich fordert sie die Bereitschaft, Deutsch zu lernen, und die Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Der Staat soll mit Sprachförderungsangeboten dafür sorgen, dass alle hier lebenden Kinder bei ihrer Einschulung die deutsche Sprache beherrschen, und gegebenenfalls die Eltern in gemeinsamen Kursen mit fördern. Auch sollen mehr Menschen nichtdeutscher Herkunft im öffentlichen Dienst beschäftigt werden. Die doppelte Staatsbürgerschaft will die FDP grundsätzlich erlauben. Der Islam soll im Rahmen eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts an deutschen Schulen unterrichtet werden, mit Lehrern, die an deutschen Universitäten ausgebildet werden. Die FDP setzt sich für eine großzügigere Vergabe von Visa an Einwanderungswillige ein. Ausländerbehörden und Botschaften

## Bundestagswahl 2013

### Kaum Kandidaten mit Migrationshintergrund

Bei der Bundestagswahl am 22. September haben nur 4 % der Kandidaten einen Migrationshintergrund. Das ist das Ergebnis einer Recherche des Mediendienstes Integration, bei der alle 16 Landesgeschäftsstellen von SPD, CDU/CSU, Grünen, FDP, Linken und Piraten abgefragt wurden. Der Mediendienst rechnet lediglich 20 der insgesamt 89 Kandidaten aus Einwandererfamilien Chancen auf einen Einzug ins Parlament aus. Bei 620 Bundestagsabgeordneten hätten somit lediglich 3 % der Parlamentarier einen Migrationshintergrund. Die meisten Bewerber finden sich bei den Grünen (23), gefolgt von SPD und Linke (je 20). Schlusslicht ist die CSU, die keinen Kandidaten mit Migrationshintergrund aufgestellt hat. Im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung weisen die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen die meisten Kandidaten mit Migrationshintergrund auf. Schlusslichter sind die großen Flächenstaaten wie Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, obwohl gerade hier viele Menschen mit Migrationshintergrund leben. Insgesamt waren 19,5 % der Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2011 Zugewanderte oder deren Nachkommen. *vh* <https://mediendienst-integration.de>

sollen nicht länger als „Abwehrbehörden“, sondern als „Aushängeschilder Deutschlands“ agieren. Die Zuwanderung soll mittels eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild geregelt werden und die bestehenden Gehaltsgrenzen für die Einwanderer sollen weiter sinken. Die Asylpolitik soll in einigen Punkten liberalisiert werden. Beispielsweise sollen langjährig Geduldete Bleiberecht erhalten.

**LINKE:** Die Linke setzt sich für eine Migrations- und Integrationspolitik ein, die allen in Deutschland lebenden Menschen die gleichen Rechte auf soziale und politische Teilhabe verschafft, ohne sie nach ihrer „Nützlichkeit“ für den Markt zu bewerten. Statt einer Auslese mittels Punktesystem will sie die Zuwanderung nach Deutschland nicht begrenzen, sondern die Visumpflicht möglichst generell aufheben. Sprachtests (vgl. S. 3) will sie durch freiwillige Integrations- und Sprachkurse ersetzen und Migranten Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und sozialen Dienstleistungen gewährleisten. Alle Zuwanderer sollen an Wahlen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene teilnehmen und im Falle der Einbürgerung ihre alte Staatsangehörigkeit behalten dürfen. Außerdem fordert die Linke die rechtliche Umsetzung des Assoziationsabkommens zwischen der Türkei und der EU. In Fragen der Asylpolitik fordert die Linke eine humane Flüchtlingspolitik auf deutscher und europäischer Ebene. Auch sollen die Rechte von hier lebenden Asylbewerbern und Geduldeten gestärkt werden.

**PIRATEN:** Die Piratenpartei setzt sich für gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabechancen für

Migranten ein. Sie will den Ehegattennachzug durch die Abschaffung verpflichtender Deutschtests (vgl. S. 3) erleichtern. Menschen, die ohne Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland leben, sollen Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung sowie die Möglichkeit einer Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus erhalten. Die Partei plädiert für die doppelte Staatsbürgerschaft und die Abschaffung der Optionspflicht. Sie will das kommunale Wahlrecht für Drittstaatler einführen und ein eigenes Ministerium für Integrationsangelegenheiten schaffen. Verwaltungen sollen sich stärker interkulturell öffnen und anonymisierte Bewerbungsverfahren einführen. Die Piraten werben für eine vereinfachte Anerkennung von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen, für die Förderung von Mehrsprachigkeit und die stärkere Vermittlung interkultureller Kompetenzen in der Lehrerbildung. Das Grundrecht auf Asyl, das durch die Reform 1992/1993 („Asylkompromiss“) eingeschränkt wurde, soll durch eine Ausweitung der Schutzgründe und die Abschaffung der Kategorie der „sicheren Herkunftsländer“ wieder ausgeweitet werden. *Fatma Rebeggiani*

**Weitere Informationen:** [www.cdu.de](http://www.cdu.de),  
[www.spd.de](http://www.spd.de), [www.gruene.de](http://www.gruene.de), [www.fdp.de](http://www.fdp.de),  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), [www.piratenpartei.de](http://www.piratenpartei.de)

*Eine tabellarische Übersicht über die Kernpunkte finden Sie auf [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)*

## „Roma-Familien sind keine signifikante Problemgruppe mehr“

**Ein Gespräch mit Hamze Bytyci, Aktivist und Mitgründer des Bundes Roma Verbandes, Zvonko Salijevic, Roma-Schulmediator bei den Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e. V., und Christoph Leucht, Projektberater und Rommediatoren-Trainer beim Europarat, über die Situation der Sinti und Roma in Deutschland, die nachhaltige Wirkung von kulturellen Stereotypen und erfolgreiche Integrationsansätze.**

**Wenn über die Situation der Roma in Deutschland und Europa gesprochen wird, ist oft unklar, wer gemeint ist. Die Begriffe Roma, Ashkali, Sinti und Roma, „Zigeuner“ oder „Armutswanderer“ werden verwendet. Welcher Begriff ist der richtige?**

**Hamze Bytyci:** Es gibt diese richtige und falsche Bezeichnung nicht. Sehen wir mal vom Missbrauch in der Zeit des Nationalsozialismus ab, galt die Bezeichnung Zigeuner vorher nicht als Beleidigung. Heute darf man das Wort nicht mehr verwenden, weil es meist stigmatisierend verwendet wird. Ich selbst

## Kurzmeldungen – Europa I

### Europa: Rekord bei Erasmus-Aufhalten

Im vergangenen Jahr hat die Zahl der Erasmus-Studierenden eine Rekordmarke erreicht. Das gab die Europäische Kommission Anfang Juli in Brüssel bekannt. In ganz Europa verbrachten im Studienjahr 2011/2012 mehr als 252.000 Studierende ein durch ein Erasmus-Stipendium gefördertes Semester in einem anderen Land, mehr als je zuvor. Darunter waren auch 33.000 deutsche Studierende. Damit schickte Deutschland doppelt so viele Studierende ins Ausland wie noch vor zehn Jahren. Die meisten Erasmus-Studierenden kamen 2012 aus Spanien, gefolgt von Deutschland und Frankreich. Diese drei Staaten waren auch die beliebtesten Zielländer für Studierende aus dem Ausland. Die europäische Wirtschaftskrise hält laut EU-Kommission die Studierenden offenbar nicht von einem Auslandsstudium ab. Das Studierenden-Austauschprogramm Erasmus existiert seit 25 Jahren. *chw* <http://europa.eu>

### Malta/Zypern: Menschenrechtskonvention verletzt

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat am 23. Juli geurteilt, dass die EU-Staaten Malta und Zypern bei der Unterbringung und Behandlung zweier Asylsuchender in mehreren Punkten gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen haben. Malta wurde zu einer Zahlung von 30.000 Euro an eine somalische Schutzsuchende verurteilt, die 2009 unter unwürdigen Bedingungen 14 Monate lang in Abschiebehaft saß und dabei eine Fehlgeburt erlitt. Zypern muss eine Strafe von 10.000 Euro an einen syrischen Kurden zahlen, dem 2010 ein Rechtsbeistand im Zuge einer versuchten Abschiebung verwehrt wurde. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl begrüßt in einer Presseerklärung die Entscheidungen des EGMR und sieht sich in ihrer Kritik an den Unterbringungsbedingungen in beiden Ländern sowie am EU-weiten Rückführungsabkommen (Dublin II) bestätigt (vgl. Ausgabe 5/13). Die Organisation fordert nun, „europaweit Überstellungen von Asylsuchenden nach Malta und Zypern“ zu stoppen. *jg* [www.hudoc.echr.coe.int](http://www.hudoc.echr.coe.int),  
[www.proasyl.de](http://www.proasyl.de), [www.kub-berlin.org](http://www.kub-berlin.org)

### Spanien: 1.300 Einreiseversuche nach Melilla

Vom 22. bis 25. Juli haben insgesamt rund 1.300 Personen versucht, den Grenzzaun zwischen Marokko und der spanischen Exklave Melilla zu überwinden. Dabei handelte es sich vor allem um Migranten aus den Staaten des subsaharischen Afrikas. Rund 200 von ihnen gelangten dabei auf spanisches Territorium, etwa die Hälfte von diesen wurde bereits kurz nach der Einreise von spanischen Polizeikräften aufgegriffen und inhaftiert. Ein Migrant wurde tot aufgefunden. Den spanischen Behörden zufolge starb er an Herzversagen. Nach ähnlichen kollektiven Einreiseversuchen im Oktober 2005 (vgl. Ausgabe 9/05) wurde der Grenzzaun um Melilla von drei auf sechs Meter erhöht und die Grenzanlage insgesamt verstärkt. *sta*

habe kein Problem, wenn man Zigeuner einfach nur als Titulierung und nicht stigmatisierend verwendet.

**Christoph Leucht:** In der Mannheimer Sinti-Bildungsstudie wurden die Leute gefragt, ob sie selbst ein Problem mit der Bezeichnung Zigeuner haben. Die überwiegende Mehrheit der Befragten bejahte das, ein Drittel sagte, dass es auf den Kontext ankomme und nur wenige sagten, dass es ihnen völlig egal sei. Die von den Medien eingeführte Bezeichnung „Armutszuwanderer“ ist falsch. Auch aus Bulgarien und Rumänien kommen vor allem gut qualifizierte, junge Menschen zu uns.

**Zvonko Salijevic:** Für mich ist entscheidend, was derjenige, der mich als Zigeuner oder Rom oder wie auch immer bezeichnet, damit meint. Was will er damit sagen, indem er mich so oder so bezeichnet? Es ist doch ein Unterschied, ob jemand damit diskreditieren oder einfach nur eine Identität benennen will.

### **Gibt es Schätzungen zur Zahl der in Deutschland lebenden Roma?**

**Christoph Leucht:** Auf nationaler Ebene sind nur grobe Schätzungen möglich. In Deutschland fühlen sich schätzungsweise 250.000 bis 300.000 Menschen selbst als Sinti oder Roma: etwa ein Drittel zählt zur anerkannten Minderheit der deutschen Sinti und Roma (vgl. Ausgaben 10/12, 5/09), ein Drittel sind Einwanderer aus der Anwerbephase aus Jugoslawien, Italien, der Türkei und Griechenland und ein Drittel zählt zu den in den letzten Jahren gekommenen Flüchtlingen und EU-Bürgern aus Serbien, Bosnien, Kosovo, Mazedonien, Bulgarien, Rumänien und Polen.

### **Sinti und Roma in Deutschland**

- Deutsche Sinti und Roma (bereits seit dem 14./15. Jahrhundert in Deutschland lebende, anerkannte Minderheit; organisiert im Zentralrat)
- Im Rahmen der Anwerbeabkommen der 1950er und 1960er Jahre eingewanderte Roma und deren Nachkommen, die eingebürgert sind oder unbefristetes Aufenthaltsrecht haben
- Als Flüchtlinge und EU-27-Bürger eingewanderte Roma aus Ost- und Südosteuropa

**Die seit Langem in Deutschland lebenden Sinti und Roma werden vom Zentralrat deutscher Sinti und Roma vertreten. Wer aber macht sich für die mehrheitlich seit den 1990er Jahren zugezogenen ausländischen Roma mit ihren vielfältigen Problemlagen wie Aufenthaltsstatus, Zugang zum Arbeitsmarkt und die Folgen für die soziale Lage stark (vgl. Ausgaben 3/13, 2/07)?**

**Hamze Bytyci:** Der unter anderem von mir vertretene Bundes Roma Verband kümmert sich ehrenamtlich um Fragen zu Aufenthalt, Gesundheit, Wohnen, Arbeit. Dabei liegen uns auch die in Deutschland geborenen

### **Kurzmeldungen – Europa II/Welt I**

#### **Österreich: Neues Staatsbürgerschaftsrecht**

Österreich hat ein neues Staatsbürgerschaftsrecht. Dieses wurde Anfang Juli vom österreichischen Nationalrat verabschiedet. Bei sehr guten Deutschkenntnissen und bei besonderem zivilgesellschaftlichem Engagement ist eine Einbürgerung nun bereits nach sechs statt wie bislang nach zehn Jahren möglich. Als sehr gut werden Deutschkenntnisse bewertet, die dem Abiturniveau in einer Fremdsprache entsprechen. Als sehr gut „integriert“ gilt, wer sich ehrenamtlich, etwa in der Elternvertretung an Schulen oder im Betriebsrat, engagiert oder in einem sozialen Beruf arbeitet. Zudem müssen Einbürgerungswillige einen gesicherten Lebensunterhalt für die drei Jahre vor dem Einbürgerungsantrag nachweisen. Für behinderte und schwer kranke Zuwanderer entfällt diese Hürde (vgl. Ausgaben 3/13, 8/06, 5/00, 8/98). *chw* [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)

#### **USA: Senat stimmt für Einwanderungsreform**

Am 27. Juni hat der US-amerikanische Senat dem parteiübergreifenden Gesetzentwurf für eine umfassende Einwanderungsreform zugestimmt (vgl. Ausgabe 02/13). 68 Senatoren votierten dafür und 32 dagegen, wobei auch 14 der insgesamt 45 republikanischen Senatoren den Entwurf unterstützten. Dieser sieht eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus eines Teils der etwa 11,5 Mio. undokumentierten Migranten in den Vereinigten Staaten (vgl. Ausgabe 07/12) sowie die Möglichkeit der Erlangung der US-amerikanischen Staatsbürgerschaft vor. Zugleich soll der Grenzschutz erheblich verstärkt werden. Trotz der Unterstützung des Gesetzentwurfs durch prominente republikanische Politiker ist eine Zustimmung im Repräsentantenhaus nicht sicher. Der republikanische Mehrheitsführer John Boehner unterstrich, dass der Entwurf nur dann behandelt würde, wenn eine Mehrheit der republikanischen Abgeordneten ihn unterstütze. Dies ist derzeit nicht der Fall. Im Repräsentantenhaus verhandelt eine überparteiliche Gruppe über einen weiteren Entwurf für eine Reform, die dann zusammen mit der Senatsvorlage in einem Vermittlungsausschuss behandelt werden könnte. *sta* [www.gpo.gov](http://www.gpo.gov), [www.senate.gov](http://www.senate.gov)

#### **Ghana: 4.500 Chinesen des Landes verwiesen**

Der westafrikanische Staat Ghana schiebt seit Anfang Juni chinesische Goldsucher ab. Die meisten von ihnen betrieben die Goldsuche seit Ende der 1980er Jahre im Umkreis der ghanaischen Stadt Obuasi. Die ghanaische Regierung macht die Goldsucher für die Zerstörung großer Landflächen verantwortlich, die nun nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden könnten. Zudem seien 75 % der Flüsse des Landes aufgrund der bei der Goldsuche eingesetzten Chemikalien vergiftet. 4.500 Chinesen wurden bereits abgeschoben, weitere 12.000 Goldsucher befinden sich noch im Land. Viele von ihnen besitzen kein gültiges Visum. Sie stammen größtenteils aus der Stadt Shanglin in der Provinz Guanxi im Süden Chinas. Ghana gehört zu den afrikanischen Ländern mit den größten Goldvorräten. *chw* <http://gh.china-embassy.org>

Kinder der ausländischen Roma am Herzen, denen teilweise permanent die Abschiebung droht. Aber wir erheben keinen Vertretungsanspruch.

**Eine nationale Strategie der Roma-Integration könnte zu einer besseren Integration der Roma in Deutschland beitragen. Warum gibt es in Deutschland keine solche Strategie?**

**Hamze Bytyci:** Zum einen liegt es daran, dass der Zentralrat, der ausschließlich die anerkannte Minderheit der Sinti und Roma vertritt, von Anfang an zwar zahlreiche Wünsche formuliert, aber eine Strategie abgelehnt hat. Wir Migranten-Roma wiederum sind nicht organisiert und haben der Absage des Zentralrats nichts entgegengesetzt. Die Bundesregierung hat dem Zentralrat dankbar zugestimmt.

**Christoph Leucht:** Die Situation der Roma hat auch keine nationale Priorität. Anders ist das auf der kommunalen Ebene, wie das Städtetagspapier gezeigt hat (vgl. Ausgabe 2-3/13).

**Was halten Sie vom gerade verabschiedeten „Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma“?**

**Hamze Bytyci:** Dieser Plan ist ein großer Fortschritt. Es geht genau um das, was wir machen: um Roma-Selbstorganisation.

**Christoph Leucht:** Er bietet mit den vier Bereichen Wohnen, Gesundheit, Arbeit und Bildung eine gute Vorlage der Roma-Integration. Dabei spielt auch eine große Rolle, dass der Aktionsplan nicht erwägt, wie man die ausländischen Roma wieder loswird, sondern wie die Probleme hier in Berlin gelöst werden.

**Haben die Europäischen Roma-Gipfel, die seit 2008 regelmäßig veranstaltet wurden (vgl. Ausgaben 5/09, 8/08), Ihrer Ansicht nach eine positive Wirkung gehabt?**

**Hamze Bytyci:** Ich weiß nicht, was die Europäischen Roma-Gipfel tatsächlich gebracht haben. Es wurden zwar viele Papiere angefertigt und Vorschläge gemacht, aber bei den Betroffenen ist davon kaum etwas angekommen. Das Problem des Antiziganismus ist nicht beseitigt worden. Vielmehr ist es durch den EU-Fokus in Ländern wie Frankreich und Italien vielleicht erst wirklich zu einem Problem geworden.

**Christoph Leucht:** Der Roma-Gipfel 2008 war ein Meilenstein und ein Ausgangspunkt für den Versuch, andere Rahmenbedingungen zu schaffen. Das Thema ist seither viel präsenter.

**Wie schätzen Sie die Fortschritte bei der Integration der Roma in Deutschland ein?**

**Christoph Leucht:** Perspektivisch glaube ich, werden wir in 10 bis 20 Jahren auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken. Die Grundschulen beispielsweise, die mit den Roma-Mediatoren

zusammenarbeiten, sagen, dass sie das Problem gelöst haben. Roma-Familien sind keine signifikante Problemgruppe mehr.

**Zvonko Salijevic:** Meine Erfahrung als Roma-Schulmediator bestätigt das. Über 90 % der Roma-Kinder sind regelmäßiger in der Schule. Wenn ein Kind früher nicht kam, gab es maximal eine Schulversäumnisanzeige, aber warum ein Roma-Kind nicht kommt, hat niemanden interessiert. Aber jetzt ist eine viel größere Aufmerksamkeit da. Die Schule sucht mit unserer Hilfe den Kontakt zu den Eltern und die Eltern sehen die Bedeutung der Schule für ihre Kinder. Alle arbeiten gemeinsam daran, die Hürden abzubauen.

*Das Interview führte Thomas Hummitzsch.*

*Eine Langfassung des Interviews finden Sie auf [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)*

## Internationaler Migrationsausblick 2013: Einfluss von Zuwanderung auf Staatshaushalte untersucht

**Mitte Juni ist der Internationale Migrationsausblick der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erschienen. Er stellt erstmals im Ländervergleich dar, welchen finanziellen Beitrag Zugewanderte an öffentliche Haushalte leisten und wie viel sie empfangen.**

**Trends:** Der Bericht der OECD gibt einen vergleichenden Überblick über die Migrationsentwicklung in den wichtigsten Industrieländern. Er zeigt ein anhaltendes Wachstum der Zuwandererzahlen, das jedoch niedriger war als vor Beginn der Wirtschaftskrise. Deutschland war im Jahr 2011 – dem aktuellsten Jahr mit vergleichbaren Daten – das fünftwichtigste Zielland unter den 34 OECD-Staaten nach den USA, Spanien, dem Vereinigten Königreich und Italien. Zu den wichtigsten Herkunftsländern in der OECD zählen China und Indien sowie Polen und Rumänien, deren Bürger besonders stark die Wandermöglichkeiten in der EU nutzen. Im Durchschnitt ist die Arbeitslosenquote der Zugewanderten in den OECD-Ländern von 2008 bis 2012 um 5 Prozentpunkte gestiegen, während die Arbeitslosenquote der Inlandsgeborenen um 3 Prozentpunkte stieg. Deutschland ist das einzige Land, in dem in diesem Zeitraum die Arbeitslosigkeit beider Gruppen gesunken ist, die der Zugewanderten (- 4 Prozentpunkte) sogar etwas stärker als die der im Inland Geborenen (- 2 Prozentpunkte).

**Salden:** Schwerpunkt des diesjährigen Migrationsausblicks ist eine Studie zu den Auswirkungen von Zuwanderung auf öffentliche Haushalte. Erstmals wird international vergleichend auf der Basis von Umfra-

### Was ist ein Zuwandererhaushalt?

Wenn beide Partner zugewandert sind, ist es eindeutig ein Zuwandererhaushalt. Für Paare, bei denen ein Partner zugewandert ist und der andere nicht, werden die Ergebnisse in der OECD-Studie je zur Hälfte Zuwanderern und Nicht-Zuwanderern zugeordnet. In den Befragungsdaten, die der OECD zugrunde liegen, lebt immerhin einer von vier Zugewanderten im Erwerbsalter mit einem im Inland geborenen Partner bzw. einer Partnerin. Diese „gemischten“ Haushalte tragen relativ viel zum Staatshaushalt bei.

gedaten der Jahre 2007 bis 2009 analysiert, wie viel Steuern private Haushalte zahlen und wie viel sie an Sozialleistungen beziehen.

Hintergrund der Analysen sind Meinungsumfragen, die eine eher positive Einstellung gegenüber Zuwanderung zeigen, wenn Zugewanderte als Gewinn für die öffentlichen Kassen betrachtet werden (z. B. in der Eurobarometerumfrage 2009).

Zuwandererhaushalte haben im OECD-Durchschnitt eine weniger günstige fiskalische Position als Nicht-Zuwandererhaushalte, hauptsächlich weil sie weniger Steuern und Sozialabgaben zahlen und nicht, weil sie stärker von Sozialleistungen abhängen. Die OECD nennt diesbezüglich die Beschäftigungsquote als wichtigsten Einflussfaktor. Wenn es gelänge, die Beschäftigungsquote von Zugewanderten zu erhöhen, könnten öffentliche Haushalte stark profitieren. Die Alters- und Qualifikationsstruktur der Zugewanderten beeinflusst darüber hinaus erheblich den durchschnittlichen Beitrag zu den öffentlichen Haushalten (vgl. Ausgabe 5/13). Qualifizierte und jüngere Zugewanderte tragen im Durchschnitt mehr bei als weniger qualifizierte und ältere Migranten. Wenn Zugewanderte altern und nicht viele zusätzliche junge Zugewanderte hinzukommen, verschlechtert sich die Bilanz von Steuern und Sozialleistungen im Durchschnitt. Dies liegt aber nicht daran, dass die Zuwanderung keine positiven Folgen für die öffentlichen Haushalte hat, sondern daran, dass der Maßstab irreführend ist, denn die Beiträge der im Inland geborenen Kinder der Zugewanderten werden nicht als Zuwanderungskonsequenz betrachtet. Dies ist auch die Erklärung dafür, dass für Deutschland im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern in der OECD-Analyse kein positiver Beitrag ausgewiesen wird.

**Auswirkungen von Zuwanderung:** Um die Auswirkungen künftiger Zuwanderungsbewegungen auf öffentliche Haushalte abzuschätzen, sind umfassendere und längerfristige Analysen nötig. Wie ein Überblick der OECD über verschiedene Studien zu diesem Thema zeigt, sind die Auswirkungen von Zuwanderung auf öffentliche Haushalte eher gering; je nach Land und Zeithorizont erhöhen oder verringern

sie das Bruttoinlandsprodukt um weniger als 1 %. Während die höchste föderale Ebene in der Regel profitiert, ist das auf lokaler Ebene, wo z. B. Kosten für Bildung und soziale Unterstützung anfallen, nicht unbedingt der Fall.

Damit verweist die Studie auf ein Problem, das auch in Deutschland zu Verteilungsdebatten geführt hat. So appelliert der Deutsche Städtetag in einem Positionspapier an den Bund, mehr soziale Kosten zu übernehmen, die mit der Freizügigkeit innerhalb der EU verbunden sind. *Dita Vogel*

**Weitere Informationen:** <http://www.oecd.org>

### Kurzmeldungen – Welt II

#### Sinai-Halbinsel: Menschenhandel und Folter

Auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel soll ein seit Jahren operierendes Menschenhandelsnetzwerk wiedererstarkt sein. Medienberichten zufolge werden derzeit bis zu 1.000 Männer und Frauen von einzelnen Beduinengruppen gefangen gehalten und gefoltert, um von Angehörigen Lösegeld zu erpressen. Bei den Entführten handelt es sich mehrheitlich um Personen aus Eritrea, Äthiopien, Somalia und dem Sudan. Sofern die Betroffenen freikommen, werden sie auf der Halbinsel ausgesetzt und sind gezwungen, nach Ägypten oder Israel zu fliehen, wo sie anschließend oftmals monate- oder jahrelang inhaftiert werden. In Israel können seit 2012 Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern unbegrenzt lange inhaftiert werden. Zudem baut Israel seit 2010 einen 240 km langen Grenzzaun zum Sinai, um die irreguläre Einreise auf diesem Weg zu erschweren (vgl. Ausgaben 7/12, 2/10). *vg* <http://ngf-humanrights.org>, [www.medico.de](http://www.medico.de), [www.sz-magazin.de](http://www.sz-magazin.de)

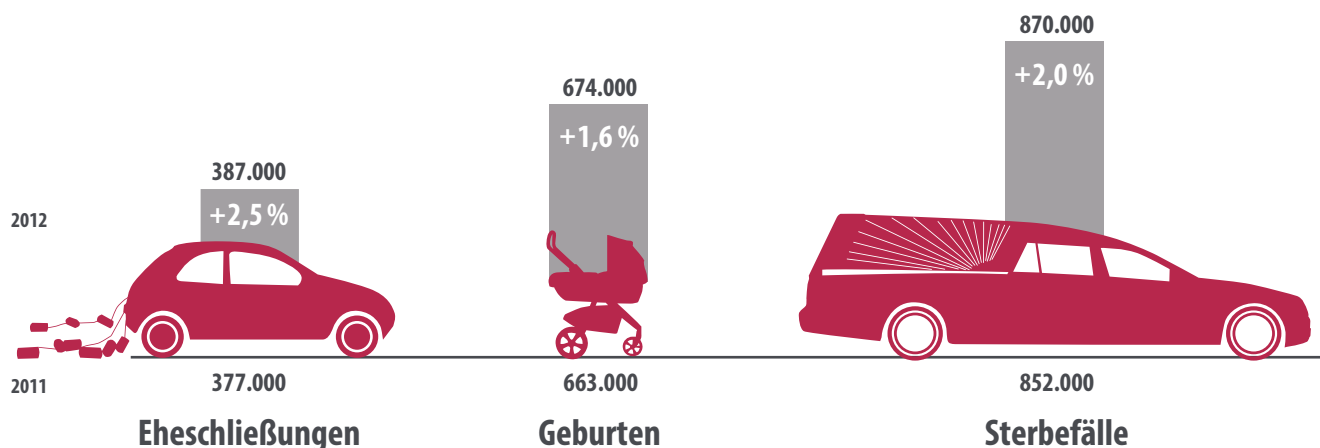
#### Australien/Papua-Neuguinea:

#### Neues Umsiedlungsprogramm für Asylbewerber

Asylsuchenden ohne Visum, die über den Seeweg nach Australien gelangen, wird in Zukunft die Ansiedlung in Australien verweigert. Das teilte Premierminister Kevin Rudd (Labor Party) am 19. Juli der Öffentlichkeit mit. Die Asylsuchenden werden stattdessen nach Papua-Neuguinea (PNG) überführt, wo sie das Asylverfahren durchlaufen. Wird ihnen ein Flüchtlingsstatus zugesprochen, so dürfen sie in PNG verbleiben. Eine Rückkehr nach Australien und ein Leben dort sind jedoch ausgeschlossen. Ein entsprechendes Regionales Ansiedlungsabkommen wurde von den Regierungen beider Länder unterzeichnet. Der UN-Flüchtlingskommissar António Guterres zeigte sich besorgt über diese Entwicklung. Er kritisierte das Fehlen adäquater Standards zum Schutz von Asylsuchenden in PNG. Allein 2012 erreichten 17.200 Asylsuchende die australische Küste. Das waren fast viermal so viele wie im Vorjahr. Die meisten Flüchtlinge stammen aus Iran, Afghanistan und Sri Lanka (vgl. Ausgaben 6/12, 7/10, 8/01). *vh* [www.minister.immi.gov.au](http://www.minister.immi.gov.au), [www.refugeecouncil.org.au](http://www.refugeecouncil.org.au)



## Zahl der Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen in Deutschland 2012



Quelle: Statistisches Bundesamt  
 Infografiken: Deniz Keskin, [www.denizkeskin.nl](http://www.denizkeskin.nl)

## Kroatien: Das neue EU-Mitglied und die Migrationsfrage

Seit dem 1. Juli 2013 ist Kroatien Mitglied der Europäischen Union. Wie schon bei den EU-Osterweiterungen in den Jahren 2004 und 2007 machen einige der alten EU-Staaten von ihrem Recht Gebrauch, die Freizügigkeit für kroatische Arbeitskräfte für bis zu 7 Jahre einzuschränken (2+3+2-Modell). Umfangreiche Abwanderungen aus Kroatien wären aber auch bei voller Freizügigkeit nicht zu erwarten.

### Wanderungen im 19. und 20. Jahrhundert:

Ein- und Auswanderungen sind fester Bestandteil der kroatischen Geschichte. Dominierten vor dem 19. Jahrhundert die Zuwanderungen, so drehten sich die Verhältnisse im 19. und vollends im 20. Jahrhundert um. Wie Südosteuropa insgesamt wurde Kroatien zu einer Region mit einem Auswanderungsüberschuss. Zu Beginn zog es die meisten Auswanderer nach Übersee. Ab den 1920er Jahren wurden Frankreich, Belgien, die Niederlande und später Deutschland zu den wichtigsten Zielländern. Ab Mitte der 1960er Jahre wirkten die Anwerbeabkommen des damaligen Jugoslawiens mit verschiedenen Staaten Nord- und Westeuropas als Motor für weitere Migrationen. Zugleich war die jugoslawische Teilrepublik Kroatien eine wichtige Zielregion für Jugoslawen aus den südlich gelegenen Republiken. Nach geringen Wanderungsbewegungen in den 1980er Jahren wurden Ein- und Auswanderung in den 1990er Jahren vor allem durch die Jugoslawienkriege beeinflusst. So flohen in das 4,4-Millionen-Einwohner-Land in den Jahren 1992-1995 beispielsweise über 400.000

Personen aus Bosnien-Herzegowina, während circa 350.000 Serben das Land in Richtung Serbien verließen.

**Migration seit der Jahrtausendwende:** Seit der Jahrtausendwende ist die Zuwanderung stetig gesunken, während die Auswanderungszahlen in etwa gleich geblieben sind. Insgesamt ergibt sich für den Zeitraum von 2001-2011 ein positiver Wanderungssaldo von 66.682 Personen. Ein wesentlicher Teil der Ein- und Auswanderungen konzentriert sich auf Wanderungsbewegungen zwischen Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien: Von den 12.699 Personen, die Kroatien im Jahr 2011 verließen, zogen 4.029 nach Bosnien-Herzegowina (32 %), 3.301 nach Serbien (26 %) und 2.633 in Länder der EU (21 %). Umgekehrt zogen insgesamt 8.534 Personen nach Kroatien. Davon kamen 3.666 Personen aus Bosnien-Herzegowina (43 %), 690 aus Serbien (8 %) und 1.818 aus der EU (21 %).

**EU-Mitgliedschaft:** Die EU-Mitgliedschaft ist die logische Folge einer politischen Orientierung Kroatiens Richtung EU, die sich spätestens mit der Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1991 manifestiert hat. Damals war die Abspaltung von Jugoslawien auch deshalb eine Option, weil die EU signalisierte, dass Slowenien und Kroatien reif für eine EU-Mitgliedschaft wären, dies aber unmöglich im Verbund mit den anderen jugoslawischen Teilrepubliken geschehen könne. Während der Beitrittsverhandlungen von 2005 bis 2011 hat sich Kroatien der EU bereits stark angenähert. Dazu haben auch die Wanderungsbewegungen zwischen Kroatien und der EU beigetragen, die die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Austauschbeziehungen festigten. Bereits vor Verhandlungsbeginn im Jahr 2004 wurde ein Asylrecht erlassen, das die EU-Anforderungen erfüllte (2011 gingen 810 Asylanträge ein). Auch Teile des Staatsbürgerschaftsrechts wurden an EU-Standards

angepasst. Die Auswanderungs- und Fluchtbewegungen der Vergangenheit sowie die freizügige Vergabe der kroatischen Staatsbürgerschaft haben dazu geführt, dass mit dem EU-Beitritt Kroatiens rund 500.000 Personen zu Unionsbürgern geworden sind, die nicht auf kroatischem Territorium leben. Dies betrifft vor allem Kroaten in Bosnien-Herzegowina und rund 200.000 aus Kroatien stammende Serben, die ihre kroatische Staatsbürgerschaft auch in Serbien behalten haben.

**Übergangsregelungen:** Aktuell deutet nichts darauf hin, dass eine völlige Freizügigkeit zu starken und in den Zielländern spürbaren Wanderungen führen würde. Dennoch haben sich viele EU-Staaten dafür entschieden, den Arbeitsmarktzugang für kroatische Staatsangehörige zunächst einzuschränken. Noch liegen die Informationen dazu nicht aus allen EU-Staaten vor, aber die aktuellen Entscheidungen von beispielsweise Belgien, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden (jeweils 2 Jahre) oder Österreich und dem Vereinigten Königreich (beide 7 Jahre) machen deutlich, dass Kroatien ein weiteres, aber dann vermutlich letztes Mal warten muss, um ganz in der EU anzukommen. *Dr. Pascal Goeke, Geographisches Institut der Universität Zürich*

**Weitere Informationen:** [www.bpb.de](http://www.bpb.de),  
<https://ec.europa.eu>

## Literatur

Andrea Röpke, Andreas Speit (Hg.): **Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland.** Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 1341, Bonn, 2013.

Der rechtsterroristische NSU wurde nur durch Zufall enttarnt. Das wirft Fragen auf, denen das Buch nachgeht,

u. a.: Wie entwickelte sich das rechtsradikale Milieu seit Gründung der BRD? Wie groß ist die Zahl der Unterstützer und Sympathisanten rechter Gewalt? Welche Schlüsse sind aus der Vielzahl der Ermittlungsspannen im Hinblick auf die Aufdeckung und Bekämpfung rassistischer Straftaten zu ziehen?

**Bestellung:** [www.bpb.de/shop](http://www.bpb.de/shop)

Bereitstellungspauschale: 4,50 €

Bestellnummer: 1341



Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): **Deutsche im Ausland – Expatriates in Hongkong und Thailand.** Focus Migration, Autor: Thorsten Nieberg, Juni 2013, ISSN: 1864-5704.

Das Kurzdossier befasst sich mit dem Phänomen der „Auslandsdeutschen“ bzw. der „Expatriates“. Mithilfe des politikwissenschaftlichen Konzepts menschlicher Sicherheit (human security) analysiert es die Ängste und Bedürfnisse deutscher Staatsangehöriger, die in Hongkong und Thailand leben, und fragt danach, warum sich der deutsche Staat um diese Bürger kümmern sollte. Online abrufbar unter: [www.bpb.de](http://www.bpb.de)



Heinz Ulrich Brinkmann, Hacı-Halil Uslucan (Hg.): **Dabeisein und Dazugehören: Integration in Deutschland.** Springer VS, Wiesbaden, Juni 2013, 49,99 €, ISBN: 978-3-531-18311-4.

Der Sammelband wirft einen wissenschaftlichen Blick auf den Stand der Integration in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung und Arbeitsmarkt. Die Autoren fragen nach Perspektiven des Zusammenlebens und der künftigen Gestaltung gesellschaftlicher Teilhabe- und Partizipationsprozesse, nach Identitätskonstruktionen in der Migrationsgesellschaft und den Herausforderungen von internationalen Wanderungsbewegungen. [www.springer.com](http://www.springer.com)

Arnaud Lechevalier, Jan Wielgohs (Hg.): **Borders and Border Regions in Europe. Changes, Challenges and Chances.** Transcript-Verlag, Juni 2013, 34,80 €, ISBN: 978-3-8376-2442-7.

Das Buch befasst sich mit den Veränderungen von Grenzen und Grenzregimen in Europa. Es legt am Beispiel der polnisch-deutschen Grenze einen Fokus auf die Entstehung von Euroregionen und darauf, wie diese wahrgenommen werden. Ergänzend wirft es einen Blick auf außereuropäische Grenzentwicklungen, etwa den Einfluss von Israels „Sicherheitszaun“ auf die israelische und palästinensische Gesellschaft.

[www.transcript-verlag.de](http://www.transcript-verlag.de)

**Veranstaltungshinweise finden Sie auf unserer Webseite:** [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)

### Impressum

**Herausgeber:** Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin,  
E-Mail: [MuB@migration-info.de](mailto:MuB@migration-info.de); ISSN: 1435-7194

**Redaktion:** Vera Hanewinkel (verantw., vh), Stefan Alscher (sta), Marcus Engler (me), Janne Grote (jg), Thomas Hummitzsch (th), Fatma Rebggiani (fr), Dita Vogel (dv), Sybil Volks (sv), Christoph Wöhrle (chw)

**Redaktionsschluss:** 09.08.2013 **Bestellung:** [www.migration-info.de/newsletter](http://www.migration-info.de/newsletter)

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ erfolgt in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb wieder.